

«Es braucht keine neuen AKW»

Die SP-Grossrätin Nadine Masshardt kontert den abgetretenen BKW-Präsidenten Fritz Kilchenmann: Es brauche weder neue AKW noch neue Gaskraftwerke. Die angebliche Stromlücke sei «Angstmacherei», sagt die Energiepolitikerin.

Frau Masshardt, Ihre Partei fordert, der Stromkonzern BKW Energie AG dürfe sich bei AKW-Abstimmungen nicht engagieren. Dieser lehnt das ab.

Nadine Masshardt: Die vom abgetretenen BKW-Verwaltungsratspräsidenten Fritz Kilchenmann angekündigte AKW-Kampagne stösst bei mir auf grosses Unverständnis. Ich bin überzeugt, dass man dieses Geld viel besser investieren könnte, insbesondere in die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien.

Laut Bundesgericht dürfen sich Direktbetroffene bei Abstimmungen engagieren.

Wir sind uns bewusst, dass ein Verbot schwierig werden dürfte. Aber wir erwarten, dass der rot-grüne Regierungsrat bei der BKW entsprechend interveniert.

Die Regierung ist zwar rot-grün dominiert, aber im Grossen Rat haben die Bürgerlichen eine klare Mehrheit. Er wird die Regierung zurückpfeifen.

Das stimmt leider. Bei dieser Konstellation wird die Einflussnahme unsererseits schwierig. Aber wir erwarten von der BKW zumindest, dass sie bei den AKW-Abstimmungen eine gewisse Zurückhaltung übt. Immerhin geht es auch um Steuergelder. Die BKW gehört mehrheitlich dem Kanton. Sie will hier Geld investieren, das uns allen gehört. Aber in der AKW-Frage ist die Bevölkerung gespalten. Darauf muss die BKW Rücksicht nehmen.

Laut Fritz Kilchenmann hat das Schweizer Volk die Wahl: entweder neue AKW oder neue Gaskraftwerke.

Da sind wir anderer Meinung. Es braucht keine neuen AKW. Und auch keine neuen Gaskraftwerke.

Wollen Sie die Schweiz ins Chaos stürzen? Ohne neue Grosskraftwerke droht nach 2020 der Strom knapp zu werden.

Diese Argumentation mit der sogenannten Stromlücke ist Angstmacherei der Atomlobby. Ihr Szenario geht davon aus, dass wir sowohl beim Energieverbrauch als auch bei den Technologien auf dem heutigen Stand verharren. Dabei ignorieren sie, dass das Potenzial zum Energiesparen und das der erneuerbaren Energien riesig ist.

Sie wollen neue AKW einfach wegsparen?

Nicht nur. Wir zählen einerseits auf Energieeffizienz, andererseits auf einen Mix aus den umweltfreundlichen Energien Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie und Wind. Damit können wir ohne den Bau neuer Grosskraftwerke auskommen. Gerade das Energiesparen wird unterschätzt. Das neue kantonale Energiegesetz wird hier wichtige Impulse geben, insbesondere im Gebäudebereich.

Das ist doch illusorisch.

Nein. Es gibt Berechnungen, die zeigen, dass wir einen Drittel des Stromverbrauchs

Dominic Ramel 01.06.2010

Artikel zum Thema

«Entweder AKW oder Gaskraftwerke»

Nach 16 Jahren ist Schluss: BKW-Präsident Fritz Kilchenmann hat heute seinen letzten Arbeitstag. Das hindert ihn nicht daran, weiter für neue Atomkraftwerke zu werben und höhere Strompreise zu rechtfertigen. [Mehr...](#)
Von Philippe Müller, Dominic Ramel 31.05.2010

SVP weibelt für AKW

Die SVP sagt der Regierung den energiepolitischen Kampf an: Sie will für ein
Ja zum neuen AKW Mühleberg
einstehen. [Mehr...](#)
30.05.2010

einsparen könnten. Ebenso zeigen Studien, wie riesig das Potenzial der erneuerbaren Energien ist. Allein mit Sonnenenergie lässt sich gemäss Bundesamt für Energie mittelfristig ein Drittel eines AKW ersetzen, mit Wind ein halbes und mit Biomasse knapp 1,5 AKW. Grundsätzlich müssen wir es endlich schaffen, umzudenken. Solange die Stromlobby nur von AKW spricht, fehlt der Druck zum Umstieg. Das zeigen uns die letzten Jahrzehnte.

Sie hoffen also auf ein Volks-Nein zu neuen AKW, um diesen Druck aufzubauen?

Darauf setzen wir. Wenn das Volk Nein sagt zu neuen AKW, wäre der Druck da, um endlich richtig in die erneuerbaren Energien zu investieren. Solange immer noch diese Atompläne umherschwirren, wird die Stromlobby nicht dazu bereit sein.

Hauseigentümer und Bürgerliche bekämpfen das neue Energiegesetz. Der obligatorische Gebäudeenergieausweis und die Stromabgabe werden es vor dem Volk schwer haben.

Wir zählen darauf, dass das Energiegesetz so durchkommt, wie es der Grosse Rat beschlossen hat. Ich bin überzeugt, dass das Bernervolk das Zukunftspotenzial des Energiegesetzes erkennen und nicht der Angstmacherei der Gegner folgen wird.

Die Bernerinnen und Berner sollen Ja sagen zu teurerem Strom?

Wir sprechen hier von einer Belastung von 2 bis 5 Franken pro Haushalt und Monat, befristet auf 15 Jahre. Das ist verkraftbar. Wir brauchen dieses Geld, um sinnvolle energetische Gebäudesanierungen zu fördern. Von nichts kommt nichts. Im Gegenzug wäre das neue Gesetz ein gewaltiger Jobmotor für den Kanton Bern. Denn es würde grosse Investitionen auslösen, von denen das hiesige Gewerbe profitieren würde.

Auch der Bau eines neuen AKW in Mühleberg würde im Kanton Bern eine grosse Wertschöpfung generieren.

Das stimmt so nicht. Erstens würde der Bau eines neuen AKW nur während ein paar Jahren für Aufträge sorgen. Zweitens wäre das Projekt von einer derartigen Dimension, dass in erster Linie ausländische Firmen zum Zuge kämen. Der grosse Teil der Investition würde ins Ausland abfliessen. Das Potenzial der Gebäudesanierungen und erneuerbaren Energien hingegen ist riesig. Es ist zeitlich nicht befristet. Und es schafft Jobs in unserer Region, nicht im Ausland.

Sie sehen das Heil in Sonne, Wasser und Wind. Es ist aber gerade Ihre Seite, die Projekte wie den Ausbau der Wasserkraft an der Grimsel oder den Bau von Windkraftwerken verhindern will.

Es stimmt, es gibt Widerstände gegen solche Projekte. Wir von der SP vertreten aber grossmehrheitlich die Meinung, dass man derartige Projekte ermöglichen soll – aber nur, wenn sie energetisch sinnvoll und ökologisch vertretbar sind.

Die letzten drei AKW-Abstimmungen im Kanton Bern haben die Atomgegner in den Jahren 2000 und 2003 verloren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir diesmal gewinnen werden. Wenn es uns gelingt, die Probleme und Risiken der Atomenergie sowie das Potenzial der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz aufzuzeigen, werden wir das Volk auf unserer Seite haben.

Welche Probleme und Risiken?

Die Finanzierung ist nicht sichergestellt, die Gefahr eines Unfalls mit schrecklichen Folgen besteht immer, und das Problem der Atommüllentsorgung ist nicht gelöst. Zudem ist der Rohstoff Uran eine endliche Ressource. Und dessen Abbau und Transport ist alles andere als ökologisch und sozial, wenn man an die dortigen



SP-Grossrätin Nadine Masshardt: «Solange die Stromlobby nur von AKW spricht, fehlt der Druck zum Umstieg», betont die 25-Jährige. (Bild: Nadia Schweizer)

Arbeitsbedingungen und an den CO₂ denkt.

Die Stromkonzerne BKW, Axpo und Alpiq wollen die neuen AKW als Partnerwerke finanzieren und bauen.

Das nehme ich ihnen nicht ab. Wir sind überzeugt, dass neue AKW ohne staatliche Unterstützung gar nicht finanzierbar sein werden. Eine Studie der Bank Citigroup zeigt, dass allein mit Privatinvestoren wohl kein neues AKW gebaut wird, weil die finanziellen Risiken schlicht zu gross sind. Auch die Versicherungen sind nicht bereit, das Risiko Atomenergie zu versichern. Die Steuerzahler müssten einspringen. 1995 ergaben Schätzungen des Bundesamts für Zivilschutz für das Worst-Case-Szenario Super-GAU Schadenskosten von 4200 Milliarden Franken. (Berner Zeitung)

Erstellt: 01.06.2010, 07:57 Uhr